



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

16. hét

2018.04.16.

ZUSAMMENFASSUNG

- **INFLATION VERWEILT AUF UNERWARTET NIEDRIGEM NIVEAU.** Ähnlich wie bereits in den vorangegangenen Monaten legte die Inflation auch im letzten Monat wieder nur verhalten zu und steht nun gerade mal bei 2 Prozent. Die Dynamik des Preisanstiegs hält sich ungeachtet der Tatsache in Grenzen, dass zwischenzeitlich massive Lohnerhöhungen vor sich gehen. Infolgedessen steht die Ungarische Nationalbank nicht unter Druck, von ihrer bisher verfolgten lockeren monetären Politik abzuweichen.
- **AUSLÄNDISCHES PRESSEECHO AUF DIE WAHLEN.** Die ungarischen Parlamentswahlen haben auch in den Auslandsmedien starken Widerhall gefunden. Dabei wurde herausgehoben, dass Viktor Orbán mit seiner wiederholten Zweidrittelmehrheit unter die Führungsfiguren bei der Reformierung der Europäischen Union aufgestiegen ist. Nun hat sich auch den ausländischen Beobachtern offenbart, dass die Oppositionsparteien außerstande sind, die Wähler mit ihren Botschaften zu erreichen.
- **DIE LAGE DER OPPOSITION NACH DEN WAHLEN.** Nach dem dritten Zweidritteltriumph von Fidesz-KDNP in Folge zeigt sich die schon bislang schwache Opposition noch ratloser. Gemäß dem für solche Situationen typischen Szenario begannen die Suche nach den Verantwortlichen und das Abstreiten der Verantwortung.
- **DIE NEUE REGIERUNG ENTSTEHT MIT EINEM EINDEUTIGEN MANDAT DER UNGARN.** Bei den Parlamentswahlen haben die Regierungsparteien bei einer Wahlbeteiligung von knapp 70% eine Zweidrittelmehrheit erlangt. Nach diesem überwältigenden Sieg erhielt Viktor Orbán die Vollmacht, eine neue Regierung zu bilden, bei der es sich nach seiner Aussage nicht um eine Fortsetzung der jetzigen Regierung handeln werde.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Inflation verweilt auf unerwartet niedrigem Niveau

Ähnlich wie bereits in den vorangegangenen Monaten legte die Inflation auch im letzten Monat wieder nur verhalten zu und steht nun gerade mal bei 2 Prozent. Die Dynamik des Preisanstiegs hält sich ungeachtet der Tatsache in Grenzen, dass zwischenzeitlich massive Lohnerhöhungen vor sich gehen. Infolgedessen steht die Ungarische Nationalbank nicht unter Druck, von ihrer bisher verfolgten lockeren monetären Politik abzuweichen.

Im März lagen die Verbraucherpreise im Durchschnitt um 2 Prozent höher, als vor einem Jahr, wobei besonders kräftig die Preise für Tabakwaren und Spirituosen sowie für Nahrungsmittel zulegten. Im Vergleich zum Februar stiegen die Preise um durchschnittlich 0,1 Prozent. Das Ausmaß der Inflation befindet sich im Einklang mit den Erwartungen der Analysten; die Wirkung der verteuerten Produkte wurde durch den Rückgang der Kraftstoffpreise um 2 Prozent und den anhaltenden Preisverfall bei langlebigen Verbrauchsgütern abgeschwächt. Während der Preisanstieg bei Lebensmitteln 4,1 Prozent erreichte, erleben wir hinsichtlich des Eierpreises eine Korrektur, deren Preis um 6,5 Prozent zurückging.

Die Inflation dürfte gegen Jahresende den Zielwert der Ungarischen Nationalbank (MNB) von 3 Prozent erreichen, wobei der jetzige niedrige Wert die Argumentation der MNB stärken dürfte, ihre lockere monetäre Politik aufrechtzuerhalten. Die niedrige ungarische Inflationszahl gilt als überraschend, gibt es doch massive Lohnzuwächse, mit denen ein steigender Konsum einhergeht, was zu einer höheren Inflation führen müsste. Die geringe Inflation lässt sich derweil dadurch erklären, dass einzelne Volkswirtschaften offener werden – d. h. infolge der Globalisierung, durch den Strom von Waren und Dienstleistungen über die Grenzen hinweg –, dass sich die Alterspyramide der Gesellschaft wandelt, wobei der Anteil der Unselbständigen zunimmt, und dass sich schließlich noch die Konsumstrukturen verändern.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Ausländisches Presseecho auf die Wahlen

Die ungarischen Parlamentswahlen haben auch in den Auslandsmedien starken Widerhall gefunden. Dabei wurde herausgehoben, dass Viktor Orbán mit seiner wiederholten Zweidrittelmehrheit unter die Führungsfiguren bei der Reformierung der Europäischen Union aufgestiegen ist. Nun hat sich auch den ausländischen Beobachtern offenbart, dass die Oppositionsparteien außerstande sind, die Wähler mit ihren Botschaften zu erreichen.

In den ausländischen Medien wurde hervorgehoben, dass der Sieg mit Zweidrittelmehrheit dem Fidesz eine starke Vollmacht erteilt und eine eindeutige Stellungnahme darstellt, wonach die ungarischen Wähler die gegenwärtige Politik der EU nicht unterstützen. Damit aber kann Viktor Orbán auch weiterhin eine der Führungspersönlichkeiten bei den Bemühungen um eine Reformierung der EU sein. Zahlreiche ausländische Publizisten betonten, andere europäische Länder sollten sich ein Beispiel am Triumph Viktor Orbáns nehmen, sofern diese die europäische Kultur bewahren wollen. Im Lager der negativen Kritiker hieß es, Ungarn hätte (nach ihrer Ansicht) Nein zu den liberalen Werten der EU gesagt, während Viktor Orbán zum Symbol des Widerspruchs zwischen Mittel- und Westeuropa geworden sei. Viele Analysten schreiben jedoch, der Sieg des Fidesz habe gezeigt, dass es Alternativen zu den neoliberalen Dogmen gibt, welche die Notwendigkeit des Fortschritts in den Mittelpunkt rücken.

Auf den historischen Sieg von Fidesz-KDNP folgten darüber hinaus zahllose politisch ausgerichtete Kritiken. Wie schon in den vergangenen Jahren betonten nicht wenige, Viktor Orbán stelle eine Gefahr für die Demokratie dar, der Einsatz der Wahlen sei gewesen, ob Ungarn eine westliche Demokratie bleibe oder sich in eine Willkürherrschaft verwandle. In Verbindung mit der politischen Kommunikation wird von einer Hasskultur geschrieben.

Dennoch mussten auch die ausländischen Medien einräumen, dass sich die Oppositionsparteien von den Wählern entfernten, denn es gelang ihnen nicht, die Wähler außerhalb von Budapest anzusprechen, wobei deren aus Zwang zustande gekommene Koalition ebenso wie ihre Attacken gegen die Person Viktor Orbáns keinen Erfolg brachten. Darüber hinaus waren die von der Opposition gewählten Themen erfolglose Instrumente, um die Wahlen zu gewinnen. Es hat sich eindeutig gezeigt, dass Ungarn über keine starke und verantwortungsvolle Opposition verfügt, die eine reale Chance auf den Wahlsieg hätte, ohne zuvor eine Erneuerung zu durchlaufen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Lage der Opposition nach den Wahlen

Nach dem dritten Zweidritteltriumph von Fidesz-KDNP in Folge zeigt sich die schon bislang schwache Opposition noch ratloser. Gemäß dem für solche Situationen typischen Szenario begannen die Suche nach den Verantwortlichen und das Abstreiten der Verantwortung.

Noch während der Wahlkampagne zeichnete sich ab, dass es einen Wahlzusammenschluss wie 2014 nicht geben wird, was sich einerseits aus dem damaligen Misserfolg und zum anderen daraus erklären lässt, dass die Parteien individuelle Ambitionen verfolgten und miteinander rivalisierten. Bei der Beurteilung der Chancen auf einen Wahlsieg wurde der öffentliche Diskurs jedoch auf Druck von oppositionellen Meinungsführern und der Oppositionsmedien durch die Möglichkeit zu einer neuartigen Form der Zusammenarbeit geprägt, namentlich vom Szenario des koordinierten Aufstellens von Kandidaten und eines taktischen Abstimmungsverhaltens. Im Zuge des ständig erhöhten Mediendrucks und des Erfolgs bei der Nachwahl in Hódmezővásárhely kam unter den sich selbst als demokratische Opposition bezeichnenden Parteien in der Tat eine Art Zusammenarbeit zustande. Allerdings wurde die Jobbik in diese Kooperation nicht einbezogen, während bei den anfänglich kooperierenden Parteien in vielen Fällen ebenfalls individuelle Interessen den Vorrang erhielten, was letztlich zum Hemmschuh jeder Koordinierung wurde.

Zusammengefasst verursachten die nur in bescheidenem Umfang umgesetzte Koordinierung, das ungeschickte Vorgehen der Oppositionsparteien und die Tatsache, dass allein die Regierungsparteien imstande waren, ihr Wählerlager noch auszuweiten, eine klägliche Niederlage im Kreis der Repräsentanten der Oppositionsparteien. Sobald die Niederlage ins Bewusstsein gelangte, begann das Abwälzen der Verantwortung, wurden das Wahlsystem als Ursache ausgemacht, die unzureichende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Parteien beklagt und die Sauberkeit der Wahlen in Frage gestellt.

Das Abwälzen der Verantwortung erreichte ein Niveau, bei dem die Oppositionsparteien bereits von Wahlbetrug sprechen. Die Opposition verfolgt die eindeutige Zielstellung, einen Mythos aufzubauen, wonach die heutigen Regierungsparteien ihren Sieg dem Umstand zu verdanken hätten, die Wahlen manipuliert zu haben. In Wirklichkeit stellte die OSZE fest, dass die Wahlen sauber waren und die

Wahlorgane ihren Aufgaben ansprechend gerecht wurden. Die Delegierten der Oppositionsparteien befanden sich in den örtlichen Wahlausschüssen, d. h. im Falle eines systemimmanenten Betrugs wäre dieser noch am Sonntag zutage getreten. Stattdessen sprachen die Oppositionsführer am Wahltag von einem Fest der Demokratie, räumten ihre Niederlage ein und machten die übrigen Oppositionsparteien für die Niederlage verantwortlich. Das Erschaffen eines Mythos des Wahlbetrugs und die Delegitimierung des Wahlausgangs sind eindeutige politische Ziele, nachdem bislang niemand tatsächlich Rechtsmittel bei den Wahlorganen eingelegt hat.

Die neue Regierung entsteht mit einem eindeutigen Mandat der Ungarn

Bei den Parlamentswahlen haben die Regierungsparteien bei einer Wahlbeteiligung von knapp 70% eine Zweidrittelmehrheit erlangt. Nach diesem überwältigenden Sieg erhielt Viktor Orbán die Vollmacht, eine neue Regierung zu bilden, bei der es sich nach seiner Aussage nicht um eine Fortsetzung der jetzigen Regierung handeln werde.

Mit den Wahlen erhielt der Fidesz ein eindeutiges und starkes Mandat, ausgehend von der hohen Wahlbeteiligung und dem überzeugenden Sieg, nachdem die Hauptfrage der Wahl jene der nationalen Souveränität und des Umgangs mit der Einwanderung war. Die Unterstützung der ungarischen Menschen für diesen Kurs ist eindeutig, der jetzige Wahlsieg brachte das stärkste Mandat der letzten 30 Jahre, die ungarischen Wähler definierten die wichtigsten Themen und bestimmten, dass einzig und allein sie entscheiden, mit wem sie zusammen leben wollen. Die neue ungarische Regierung muss den Willen der Wähler über ihren Betrieb weitestgehend zur Geltung bringen, mit anderen Worten muss sich die Struktur der neuen Regierung den neuen Herausforderungen entsprechend diesen Ansprüchen anpassen.

Im politischen Sinne hat die amtierende Regierung ihre Arbeit beendet und nimmt die Aufstellung der neuen Regierung ihren Anfang. In der Zusammensetzung der neuen Regierung sind deutliche Veränderungen und eine Verjüngung zu erwarten. Darüber hinaus dürfte sich in den folgenden Wochen auch der strukturelle Regierungsaufbau verändern. Ausgehend von Reden Viktor Orbáns darf davon ausgegangen werden, dass die nächste Regierung die Lösung der demographischen Herausforderungen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit rücken möchte. Die Orbán-Regierung trat mit einer Fruchtbarkeitsrate von 1,2-1,3 an, aktuell ist diese Rate bei 1,5 angelangt, was noch weit vom

Standardwert 2,1 der Reproduktionsrate entfernt ist, mit dem also eine nachhaltige Bevölkerungszahl der Gesellschaft zugesichert werden könnte. Darüber hinaus hält die Regierung an der bisherigen Wirtschaftspolitik fest, deren Grundlagen durch György Matolcsy niedergelegt wurden. Die möglichst rasche Installierung der neuen Regierung wird schon deshalb notwendig, weil in den folgenden Monaten heftige Kämpfe mit Brüssel und in der UNO bevorstehen, deren Ausgang das Schicksal Ungarns und Europas beeinflussen wird. Die Namen der Minister der neuen Regierung werden voraussichtlich binnen 4-5 Wochen bekannt.

PROGNOSE

- **Am 21. April tritt der Wahlausschuss der MSZP zusammen.** Gergely Karácsony, Gyula Molnár und József Tóbiás werden die aktuellen Entwicklungen bewerten, woraufhin der Wahlausschuss Schlussfolgerungen formulieren wird.
- **Am 23. April wird auch offiziell jener Entwurf vorgestellt, auf dessen Grundlage ein Verfahren nach Artikel 7 des Europavertrags gegen Ungarn eingeleitet werden soll.** Eine Einleitung des Verfahrens ist nicht realistisch, nachdem diese durch sämtliche Mitgliedstaaten unterstützt werden müsste, wobei Polen bereits angezeigt hat, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen.